

Zürich

Selber überwachen!

Die AKW-Betreiber sollen mehr Rückstellungen machen, fordert SP-Politiker Max Chopard – und die Endlager selbst überwachen. **SEITE 19**



Kontroverse Figur

Seine Miliz kämpfte gegen die USA und die Übergangsregierung. Nun liegt Muqtada al-Sadr bei der Wahl im Irak vorn. **SEITE 20**

Zuständigkeit bei Kesb-Beschwerden spaltet das Parlament

KANTONS RAT Die Linke fordert, dass künftig professionelle Richter Beschwerden gegenüber der Kesb behandeln sollen. SVP und FDP wollen dagegen weiterhin den Laien im Bezirksrat das Vertrauen schenken.

Wird ein Entscheid der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) angefochten, befasst sich im Kanton Zürich der Bezirksrat mit dem Fall. Die nächsthöhere Instanz ist dann das Obergericht. Dieses stellt dem Bezirksrat kein gutes Zeugnis aus. 2016 hat es rund 40 Prozent der Beschwerden ganz oder teilweise gutgeheissen und wieder an den Bezirksrat zurückgewiesen.

Für die grüne Kantonsrätin Silvia Rigoni (Zürich) sind dies besorgniserregende Anzeichen, dass mit der Einführung der professionalisierten Kesb im Jahr 2016 die falsche Beschwerdeinstanz gewählt wurde. Statt der

Laien im Bezirksrat sollen deshalb künftig die professionellen Bezirksrichter über die Beschwerden befinden. Rigoni hat dazu eine parlamentarische Initiative (PI) eingereicht. «Kesb-Fälle sind meistens sehr komplex und müssen mit grösster Sorgfalt behandelt werden – sie gehören deshalb in professionelle Hände», sagte sie gestern im Kantonsrat.

Rüge an Bülacher Bezirksrat

Davide Loss (SP, Adliswil) teilte Rigonis Ansicht: «Die Bezirksräte sind chronisch überbelastet und haben grösste Mühe mit der neuen Aufgabe.» Das zeige das Beispiel aus Bülach, wo der zu-

ständige Bezirksrat wiederholt gerügt wurde. In einem Fall wurden gröbere Verfahrensfehler festgestellt. Eines der Protokolle war nicht unterzeichnet und bestand lediglich aus handschriftlichen Blättern, die mit Pfeilen und Gekritzel versehen waren.

Katharina Kull (FDP, Zollikon) fand, dass man «wegen Fehlern in einem einzelnen Bezirk nicht gleich die Praxis für den ganzen Kanton ändern muss». Die Missstände in Bülach seien mittlerweile korrigiert worden. Auch das Argument, dass es noch Bezirksratsgremien gebe, in denen kein einziger Jurist wirke, liess Kull nicht gelten. «Mit den Bezirksratsschreibern stehen ja berufserfahrene Juristen zur Seite.»

Nebst der FDP sind BDP, EVP und SVP für den Status quo. «Die Bezirksräte sprechen Urteile von

höchster Güte und stehen den Bezirksrichtern in nichts nach», sagte Daniel Wäfler (SVP, Gossau). Es dürfe nicht sein, dass Laienbehörden gegen Profibehörden ausgespielt würden.

Volk will keine Laienrichter

Markus Schaaf (EVP, Zell) sagte, die Bezirksratsgremien hätten eine gewisse Anlaufzeit gebraucht, seien nun aber fit für die Aufgabe. Diese jetzt dem Bezirksgericht zu übertragen, würde nur unnötige Kosten verursachen. Rigoni warf er vor, mit ihrer PI die Bezirksräte diffamieren und schwächen zu wollen. Konsequenterweise müsse sie gleich deren Abschaffung fordern – «das wäre ehrlicher».

Markus Bischoff (AL, Zürich) räumte ein, dass der Kantonsrat eigentlich erst vor sechs Jahren

die Zuständigkeit bei Kesb-Beschwerden festgelegt habe. Es gebe aber Gründe, diesen Entscheid zu überdenken. Nebst den qualitativen Mängeln sei es fraglich, wieso der Bezirksrat als Administrativbehörde für Kesb-Entscheide plötzlich zu einem unabhängigen Gericht mutieren solle. Zudem habe sich das Zürcher Stimmvolk 2016 klar gegen Laienrichter ausgesprochen. «Da ist es doch merkwürdig und widersprüchlich, dass in Kesb-Fällen immer noch Laien entscheiden.»

Schliesslich wurde die PI mit 75 Ja-Stimmen von den Grünen, SP, AL, GLP, CVP und EDU vorläufig unterstützt. 60 waren dafür nötig. Eine Kommission wird nun einen Bericht und Antrag dazu verfassen. Im 180-köpfigen Rat dürfte dieser allerdings kaum eine Mehrheit finden. *Heinz Zürcher*

Bub wird bei Unfall verletzt

REGENSDORF Bei einer Kollision zwischen einem Kind mit Minitrottinett und einem Personwagen hat sich gestern Montagmittag in Adlikon bei Regensdorf ein Bub schwere Beinverletzungen zugezogen.

Kurz vor 13.30 fuhr ein 8-jähriger Knabe mit seinem Minitrottinett auf dem Büngertliweg hinunter Richtung Bachtobelstrasse. Beim Überqueren des Kreuzungsbereichs kam es zu einer Kollision mit dem Auto einer 52-jährigen Lenkerin, die in Richtung Wehntalerstrasse fuhr. Der Verunfallte wurde nach der Erstversorgung mit einem Rettungsfahrzeug ins Spital gefahren und behandelt. *red*

Ressort Bau für die Neue

WINTERTHUR Keine Überraschung bei der Departementsverteilung in Winterthur: Die neu gewählte Stadträtin Christa Meier (SP) hat das Departement Bau übernommen. Die sechs bisherigen Stadtratsmitglieder bleiben alle in ihren Departementen.

Die Verteilung der Departemente sei an der Sitzung vom 9. Mai «informell und einvernehmlich» erfolgt, teilte der Stadtrat gestern mit. Christa Meier, die ihr Amt am 1. Juni antritt, verdrängte bei den Stadtratswahlen im März SVP-Stadtrat Josef Lisibach und übernimmt nun auch gleich sein Departement. *sda*

Neuer Streit um Millionengewinne der EKZ

KANTONS RAT Den EKZ läuft es gut, sie erzielen Millionengewinne. Das weckt Begehrlichkeiten bei ihrem Eigentümer, dem Kanton.

Das Geld fliesst in Strömen bei den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ). Im Geschäftsjahr 2016/17 machte der Stromversorger 58,5 Millionen Franken Gewinn, primär wegen der tiefen Strombeschaffungskosten. Bereits in den Vorjahren resultierten EKZ-Gewinne zwischen 35 und 67 Millionen. Das weckt Begehrlichkeiten: Der Regierungsrat hatte in seiner Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) schon für die Jahre 2016, 2017 und 2018 je eine Gewinnabschöpfung in Höhe von 30 Millionen Franken eingeplant. Die EKZ-Millionen sollten dazu beitragen, die Kantonsfinanzen ins Lot zu bringen. Der Kantonsrat segnete das Vorhaben ab.

Rechtsstreit ist hängig

Allein: Die EKZ wehrten sich dagegen. Sie gingen vor Gericht. Der Grund: Es sei nicht rechtens, wenn der Regierungsrat via Verordnung eine Gewinnabschöpfung einplane. Dafür fehle die gesetzliche Grundlage. «Nach dem geltenden EKZ-Gesetz müssen die EKZ selbsttragend arbeiten», hielt EKZ-Verwaltungsratspräsident Ueli Betschart gestern anlässlich der Abnahme des EKZ-Jahresberichts im Kantonsrat fest. Die geforderte Gewinnabschöpfung wäre damit nicht vereinbar.

Der Rechtsstreit ist noch hängig. Doch der Gang vor Gericht zeigte bereits Wirkung: Kürzlich legte der Zürcher Regierungsrat seinen Entwurf für eine Revision des EKZ-Gesetzes vor. Neu ist darin festgeschrieben, dass die EKZ-Gruppe gewinnorientiert arbeitet und einen Teil ihres Gewinns an die Kantonskasse abliefern. In den ersten drei Jahren nach Inkrafttreten der Gesetzesrevision wären dies jeweils die



Wartungsarbeiten durch einen EKZ-Mitarbeiter: Günstige Strombeschaffungskosten lassen die Kasse des Unternehmens klingeln. *Foto: Andreas Eggenberger*

vom Regierungsrat für Lü16 eingeplanten 30 Millionen Franken. Darüber hinaus würde gemäss Gesetzesvorlage künftig der EKZ-Verwaltungsrat die Gewinnausschüttung an den Kanton festlegen.

Darüber ist nun hinter den Kulissen offenbar ein Streit entbrannt. Die Gesetzesvorlage wird aktuell in der kantonsrätlichen Finanzkommission (Fiko) beraten. Wie aus dem Umfeld der Fiko zu hören ist, dreht sich der Streit um die Frage, ob der EKZ-Verwaltungsrat oder der Kantonsrat die Höhe der EKZ-Gewinnausschüttung an den Kanton festle-

gen soll. Die EKZ gehören zu 100 Prozent dem Kanton Zürich.

«Verdeckte Steuer»

Dass die geplante Gewinnabschöpfung umstritten bleibt, machten auch die Voten einiger Kantonsratsmitglieder in der Debatte über den EKZ-Geschäftsbericht 2016/17 deutlich: André Bender (SVP, Oberengstringen) nannte das Vorhaben des Regierungsrats widersprüchlich. Eva-Maria Würth (SP, Zürich) sagte: «Die vom Regierungsrat geforderte Gewinnabschöpfung ist nicht sinnvoll.» Sie berge das Risiko, dass die EKZ künftig kein Geld mehr an die

Gemeinden und Kunden ausschütten könnten. Die Kunden erhielten von den EKZ im vergangenen Geschäftsjahr einen Bonus von 29,5 Millionen Franken, die Gemeinden bekamen 11,5 Millionen. Ausserdem würde die vom Regierungsrat geplante Gewinnabschöpfung die Handlungsfähigkeit der EKZ zu sehr einschränken, wie Würth weiter sagte.

Von einer «verdeckten Steuer» sprach Cyrill von Planta (GLP, Zürich) im Hinblick auf die Pläne der Regierung. Es sei zudem eine einkommensunabhängige Konsumsteuer und daher unsozial. «Die GLP wird Widerstand

dagegen leisten», kündigte er an. Zustimmung erntete das regierungsrätliche Vorhaben gestern im Rat hingegen bei der CVP: Lorenz Schmid (CVP, Männedorf) nannte die geplante 30-Millionen-Abschöpfung eine «indirekte Steuer, eine Besteuerung von Energie mit Rückvergütung an die Bevölkerung». Dies sei eigentlich ein grünes Anliegen. Die CVP werde die Gesetzesvorlage genehmigen.

Zu genehmigen hatte der Kantonsrat gestern punkto EKZ aber nur den Jahresbericht. Er tat dies mit 167:0 Stimmen.

Matthias Scharrer

Wochenende mit viel Blut

WINTERTHUR Eine Passantin meldete der Stadtpolizei Winterthur am Samstag um etwa 4.45 Uhr, dass ein Mann soeben die Scheibe eines Ladenlokals an der Neustadtgasse eingeschlagen habe. Der 27-jährige, ziemlich betrunkene Schweizer, der sich bei dem Vandalenakt eine stark blutende Wunde an der Hand zugezogen hatte, konnte kurz darauf verhaftet werden, wie die Polizei gestern mitteilte.

Am Sonntagmorgen um 3.45 Uhr traf eine Patrouille der Stadtpolizei an der Unteren Vogelsangstrasse auf einen stark blutenden Afghanen. Der 21-Jährige hatte zusammen mit zwei Landsleuten – auch sie waren betrunken – drei Autos beschädigt. Seine Schnittverletzungen am Arm, die er sich beim Einschlagen einer Autoscheibe zuzog, mussten im Spital behandelt werden.

Brunnen verunreinigt

30 Minuten später fanden die Polizisten an der Steinberggasse einen seiner Begleiter – ebenfalls verletzt und blutbesudelt. Auch er wurde vorübergehend festgenommen. Zudem stellte sich heraus, dass der Mann den Brunnen beim Salzhaus mit seinem Blut verschmutzt hatte. Der Brunnen musste daher umgehend durch die Stadtentwässerung gereinigt werden. *sda*